

Klaus Dräger

Jedem eine zweite Chance? Lieber nicht.

Die Lissabon-Strategie der Europäischen Union und ihr „Neubeginn“

Die Wirtschaft der EU habe sich recht enttäuschend entwickelt, so das Fazit des Frühjahrsgipfels der EU-Regierungschefs am 22. und 23. März 2005 in Brüssel. So zogen sie eine recht verhaltene Halbzeitbilanz der so genannten „Lissabon-Strategie“. Vor fünf Jahren beim EU-Gipfel von Lissabon klang die Botschaft noch hoffnungsfroh: Die EU solle bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ aufsteigen. Durch ein jährliches durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 3 Prozent, durch „wirtschaftliche Strukturreformen“ und mehr Innovation sollte sie sogar „Vollbeschäftigung mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem gestärkten sozialen Zusammenhalt“ erreichen.

Enttäuschende Halbzeitbilanz

Vom Einholen der USA kann 2005 keine Rede mehr sein. Der Wachstumsabstand zu den USA ist in den ersten fünf Jahren dieses Jahrzehnts nicht kleiner, sondern größer geworden. Ihr angestrebtes Ziel von 3 Prozent Wirtschaftswachstum pro Jahr hat die EU nicht erreicht. Es belief sich in Wirklichkeit auf gut die Hälfte (1,7%) - und das auch nur, weil das Jahr 2000 (mit 3,6%) noch teilweise durch den globalen Finanzmarktboom geprägt war. Wenn man das Wachstum von 2001 bis 2005 zugrunde legt, belief sich der Durchschnittswert mit 1,4% auf weniger als die Hälfte der angestrebten Marke. Es liegt damit auch deutlich niedriger als in den Jahren vor 2000. Prognosen der OECD (Eurozone: 2,4 Prozent Wachstum 2006- 2009) stimmen auch nicht hoffnungsvoll, dass die EU in den kommenden Jahren bis 2010 ein Wirtschaftswachstum von 3 Prozent im Jahresdurchschnitt erreichen kann.

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung liegen wie im Jahr 2000 nur bei knapp 2 Prozent. Angestrebt war ein Anteil von 3 Prozent des EU-BIP, zwei Drittel davon sollten durch die Privatwirtschaft mobilisiert werden. Auch die für 2005 angepeilten Zwischenziele für die Beschäftigungsentwicklung wurden verfehlt – eine Gesamtbeschäftigungsquote¹ von 67 Prozent und eine Frauenbeschäftigungsquote von 57 Prozent.

Noch aussagekräftiger als das Verfehlen der Lissabon-Ziele für 2005 ist die Dynamik der Entwicklung bei der Massenerwerbslosigkeit. Die Erwerbslosenquote ging Ende der 1990er Jahre bis zum Jahr 2000 im EU-Durchschnitt leicht auf 7,3 Prozent zurück, stieg seitdem aber wieder auf 8,1 Prozent. Der Beschäftigungsaufbau vom Ende der 1990er Jahre bis 2001 beruhte zudem überwiegend auf dem Zuwachs unbeständiger und prekärer Beschäftigungsformen (Leih- und Zeitarbeit, befristete Beschäftigung, Minijobs usw.). Jetzt wachsen die Erwerbslosenzahlen wieder. Allein in Deutschland wurde 2005 die Schallmauer von 5 Millionen offiziell gezählten Arbeitslosen durchbrochen.

¹ Die Beschäftigungsquote gibt darüber Auskunft, wie hoch der prozentuale Anteil der tatsächlich Erwerbstätigen an der Gesamtheit der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 – 64 Jahre) ist. Für 2010 hatte sich die EU zudem das Ziel gesetzt, die Beschäftigungsquote der Älteren (55 – 64 Jahre) auf 50 Prozent zu bringen. In 2005 liegt sie bei 41,7 Prozent.

War in Lissabon noch von der Überwindung der Armut bis 2010 die Rede – konkrete Festlegungen wurden allerdings vermieden – so bietet auch die soziale Situation in der EU ein ernüchterndes Bild. Rund 68 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner in der EU-25 sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Seit 2000 wurden keinerlei Fortschritte in dieser Hinsicht erzielt.

Die wenigen umweltpolitischen Ziele der EU wurden bislang ebenfalls nicht erreicht. Nur drei EU-Länder verzeichneten seit 1999 einen nennenswerten Rückgang der Treibhausgasemissionen. Die mit dem Kyoto-Protokoll eingegangenen Verpflichtungen zum Klimaschutz kann die EU derzeit nicht erfüllen. Eine Trendumkehr beim Verkehrswachstum ist auch nicht in Sicht. Während der letzten fünf Jahre wuchs der Verkehr nach wie vor stärker als das EU-Bruttoinlandsprodukt.

Der Neubeginn: Weniger, aber besser?

Vor dem Hintergrund dieser ernüchternden Bilanz² ist es wenig verwunderlich, dass der neue Kommissionspräsident José Manuel Barroso in den kommenden fünf Jahren bescheidenere Brötchen backen will. Die USA bis 2010 ein- und überholen gilt nun nicht mehr als Ziel. Europa müsse bis dahin eher dafür sorgen, dass der Abstand bei Wachstum, Innovation und Beschäftigung nicht größer, sondern kleiner wird. Die Gesamtbeschäftigungsquote von 70 Prozent („Vollbeschäftigung“ in der EU-Diktion) wird ebenfalls aus dem Zielkatalog verabschiedet.

Andererseits: Warum ist die EU nicht wie geplant vorangekommen, wo doch noch bis zur Jahreswende 2004 stets neue „Fortschritte“ bei der Umsetzung der Lissabon Strategie von Kommission und Rat der EU verkündet wurden?³ Die Antwort: Die Lissabon-Strategie sei zu ehrgeizig und zu komplex gewesen. Man habe eine verwirrende Vielzahl vorrangiger Ziele angestrebt – mehr Wachstum, aber auch ökologische Nachhaltigkeit - oder zwar mehr, aber auch bessere Arbeitsplätze und die Überwindung der Armut. Das sei zu viel des Guten und damit am Ende eigentlich auch nichts. Die Menschen in Europa, die Unternehmer, die Gewerkschaften und die staatlichen Behörden habe man nicht wirklich für die Strategie begeistern können, weil ihr eine klar vermittelbare Zuspitzung fehlte. Und dann seien auch noch die Mitgliedstaaten schuld, weil sie die an sich richtige Strategie zuhause nicht genügend umgesetzt hätten. Nach Lesart der Kommission und des Kok-Berichts gibt es also kein Programmdefizit, sondern ein Vermittlungs- und Zuspitzungsproblem sowie ein Vollzugsdefizit.

Der Ex-Maoist Manuel Barroso kennt sich natürlich aus, wo man sich für so eine verfahrenere Situation Rat holen kann. Erst mal bei Altmeister Lenin: „Weniger, aber besser“. Also muss die Lissabon-Strategie radikal vereinfacht, die Vielfalt der Ziele und „Strukturindikatoren“ abgespeckt sowie Steuerung und Berichtswesen (*Lisbon Governance*) gestrafft werden. Der Fokus der Strategie wird nun monoman auf die Wiedergewinnung der „Wettbewerbsfähigkeit Europas“ ausgerichtet. Auch in Pädagogik-Büchern hat er nachgeblättert. Sozial- und umweltpolitisch stehe Europa im internationalen Vergleich ja gut da – wenn man sich jetzt um das Sorgenkind „Wachstum und Beschäftigung“ ganz intensiv kümmere, bedeute dies ja nicht, dass man die Kinder „Soziales“ und „Umwelt“

² Diese wird auch im Bericht der hochrangigen Expertengruppe zur Lissabon-Strategie unter Vorsitz des früheren niederländischen Ministerpräsidenten Wim Kok deutlich.

³ Aufschlussreich ist eine nach Themen geordnete Übersicht der Ratsbeschlüsse zur Lissabon-Strategie 2000 – 2004 auf der Homepage der Europäischen Kommission.

nicht lieb habe. Und dann wieder Mao: wenn man mit einem „Neubeginn“ der Lissabon-Strategie von nun an alle Kräfte auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit konzentriert und alle Mitgliedstaaten mit eiserner Disziplin die neuen „nationalen Lissabon-Aktionspläne“ auch schneller und entschiedener umsetzen, dann klappt es endlich mit Europas „Großem Sprung nach vorn“. Die Regierungschefs folgten auf dem Brüsseler EU-Gipfel weitgehend diesen Vorschlägen des „Großen Steuermanns“ der Kommission.

Stimmt es aber, dass die alte Lissabon-Strategie zu komplex war, die neue hingegen einfach und klar ist? Und hat es wirklich an ersterem gelegen, dass die Lissabon-Ziele nicht erreicht wurden?

Die „alte“ Lissabon-Strategie

Dass die Lissabon-Strategie auf dem EU-Gipfel im März 2000 überhaupt zustande kam, lag zunächst an den neuen Mehrheitsverhältnissen im Rat. Dort gaben seit 1998 Mitte-Links-Regierungen den Ton an und hingen– in verschiedenen Abstufungen – eher den Ideen von einem neu-sozialdemokratischen „Dritten Weg“ an. Sie erlagen ebenfalls der Faszination, die der so genannte „lange US-amerikanische Boom der 1990er Jahre“ und das angebliche Heraufziehen einer „New Economy“ ausübten.

Die „Botschaft von Lissabon“ war eigentlich recht simpel gestrickt. Wenn wir dem Beispiel der USA bei der Liberalisierung und Flexibilisierung von Güter-, Dienstleistungs-, Kapital- und Arbeitsmärkten folgen, erzeugen wir mehr Wachstum in der EU-Wirtschaft. Das ähnlich orientierte EG-Binnenmarktprogramm der 1980er und 1990er Jahre hat uns ja immerhin damals über die Runden geholfen, und jetzt hat sich das Blatt auf weltwirtschaftlicher Ebene gewendet. Wenn wir die so genannten „wirtschaftlichen Struktur-reformen“ mit einem Projekt zur Förderung von Innovation und „Grenztechnologien“ (Internet, Informations- und Kommunikationstechnologien, Gen- und Nanotechnologie etc.) unterfüttern, die Finanzmärkte weiter deregulieren und einen integrierten EU-Finanzmarkt schaffen, dann begeben wir uns auf den Weg zu einer stabilen europäischen „New Economy“. Deren dauerhaftes Wachstum und High-Tech-Innovationen schaffen wiederum die Voraussetzungen dafür, dass mehr Arbeitsplätze entstehen. Den Stabilitäts- und Wachstumspakt und die Defizitkriterien der Verträge von Maastricht und Amsterdam können wir locker einhalten, wenn diese Rechnung aufgeht. Es bleibt deshalb also beim „bewährten“ makro-ökonomischen Policy-Mix.

Wir müssen zwar das „Europäische Sozialmodell“ auf diesem Weg an die „Bedingungen der Globalisierung“ anpassen. Das erhöhte Wirtschaftswachstum verschafft uns aber Spielräume, eine neue Balance zwischen „Flexibilität und sozialer Sicherheit“ herzustellen, Armut und soziale Ausgrenzung abzubauen und Kurs auf „Vollbeschäftigung“ in Europa zu nehmen. Was unser Freund Bill Clinton in den USA geschafft hat, können wir auch. Letztlich können wir die USA bis 2010 ein- und überholen, und schaffen dabei ein sozial attraktiveres europäisches Modell.

„Lissabon“ wurde damals von der Wirtschaftspresse und den „seriösen Medien“ fast unisono bejubelt. Auch Gewerkschaften und Sozialverbände fanden ihre Anliegen für den Anfang passabel vertreten, zumindest im Vergleich zur konservativ-liberalen Ära davor. Schließlich hatten die Wählerinnen in der EU überwiegend erst einmal die Rechtsregierungen „abgewählt“ und fanden es sympathisch, dass „nicht alles anders, aber vieles besser“ gemacht werden sollte. Wenn sie die „Lissabon-Strategie“ überhaupt

als Medienereignis wahrnahmen, waren sie zwar nicht direkt begeistert, aber auch nicht dagegen.

Die Lissabon-Strategie beanspruchte, die bereits auf der EU-Ebene vorhandenen Koordinationsprozesse auf übergreifende Ziele zu bündeln. Als Instrumente kamen zunächst die *wirtschaftspolitischen Leitlinien* („Grundzüge der Wirtschaftspolitik“) und die mit dem Amsterdamer Vertrag von 1997 eingeführten *beschäftigungspolitischen Leitlinien* in Betracht. Ergänzt wurde dies nach dem Lissabon-Gipfel 2000 durch die Einführung der so genannten „offenen Methode der Koordinierung“. Diese wurde vor allem in Bereichen der Sozialpolitik eingesetzt, wo die EU-Ebene eigentlich keine oder geringe Kompetenzen hat (soziale Sicherungssysteme im Bereich Renten, Gesundheit, Altenpflege; Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung).

Ziel der diversen neuen sozialpolitischen Prozesse der „offenen Koordination“ war es, „Sozialreformen“ in den Mitgliedstaaten mit einem europäischen Leitbild („Modernisierung des Sozialschutzes“) zu versehen und dieses durch einige gemeinsame Prinzipien und (unverbindliche) europäische Ziele zu unterfüttern. Wie bei den beschäftigungspolitischen Leitlinien sollten die Mitgliedstaaten durch Informationsaustausch, Nachahmung „erfolgreicher Beispiele bester Praxis“ und „peer pressure“ (d.h. öffentliche Ermahnung jener Mitgliedstaaten, die nicht oder ungenügend mitziehen) voneinander lernen und ihre nationalen Reformen an den EU-Zielen ausrichten.⁴

Nach ihrem Start im Jahr 2000 sollte die Lissabon-Strategie dafür sorgen, dass die vorhandenen Koordinationsprozesse in der EU zu einem stimmigen Gesamtkonzept beitragen. Die berühmte Formel dafür lautete: Die Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik als gleich gewichtige Seiten eines gleichschenkligen Dreiecks kohärent aufeinander abstimmen. Die Steuerung des Lissabon-Prozesses übernahmen die Regierungschefs durch die seit 2000 jährlich veranstalteten „Frühjahrgipfel“ zu wirtschafts-, beschäftigungs- und sozialpolitischen Themen. Sie vereinbarten im Lauf der Jahre 28 Haupt- und 120 untergeordnete Ziele für die Lissabon-Strategie. Um zu messen, wo die EU bei der Verwirklichung dieser Ziele steht, wurden 14 Haupt- und insgesamt 117 untergeordnete „Strukturindikatoren“ in einem jährlichen „Synthesenbericht“ der Kommission ausgewertet und Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Strategie gegeben.

Die EU-Gipfel von Göteborg und Stockholm hatten in 2001 zusätzlich die „Umweltdimension der Gemeinschaft“ in den Blick genommen. Sie beschlossen eine „Europäische Nachhaltigkeitsstrategie“, welche im Rahmen des Lissabon-Prozesses den Blick auf Themenfelder wie Klimaveränderung, Verkehr, öffentliche Gesundheit und natürliche Ressourcen lenken soll. Dabei werden nicht die Umweltpolitiken der Mitgliedstaaten koordiniert, sondern die Auswirkungen der EU-Politiken (Agrar- und Strukturpolitik, Verkehr und transeuropäische Netze etc.) im Hinblick auf die Erreichung von „Nachhaltigkeitszielen“ untersucht. Bald bekam die Lissabon-Strategie deshalb den wohlklingenden Untertitel „Strategie zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung Europas“. Wer das Kleingedruckte nicht las, konnte fast meinen, dass jetzt rot-grüne Ökosozialisten der 1980er Jahre in der EU insgeheim das Zepter schwingen.

Pech war nur, dass die der Lissabon-Strategie zugrunde liegenden Annahmen nicht einmal ein Jahr Plausibilität behielten. Kaum hatten die EU-Regierungschefs im März

⁴ Eine ausführlichere Darstellung dieser Koordinationsprozesse, ihrer Ziele und Methoden findet sich in Brie (2004).

2000 ihre europäische „New Economy“-Agenda verkündet, krachte nur wenig später das US-Vorbild durch den dramatischen Absturz der Aktienkurse an der Wall Street zusammen. Es riss auch die europäischen Börsen bis 2001 mit in den Abgrund. Der Dot.Com-Boom war durch eine mächtige Spekulationsblase angetrieben worden, und diese zerplatzte nun in mehreren Schüben. Billionen von Dollar und Milliarden Euro waren einfach in den Sand gesetzt worden. Dies und jenseits des Atlantiks war von Medien und Regierungen stets behauptet worden, dass „die Märkte es besser wissen“. Die entstehende „New Economy“ werde das Auf und Ab der Konjunktur schließlich vollständig überwinden. Dieser Kinderglaube hatte sich nun gewaltig blamiert. Spätestens ab 2001 folgten in der EU Abschwung und wirtschaftliche Stagnation auf dem Tritt: das Bruttoinlandsprodukt der EU-15 wuchs in 2001 nur um 1,7, in 2002 um 1,1 und in 2003 um 0,9 Prozent. Die Erwerbslosenquoten und auch die Haushaltsdefizite stiegen wieder.

Damit fehlten aber einfach die selbst formulierten Voraussetzungen, welche die Lissabon-Strategie noch zum „Erfolg“ hätten führen können. Die meisten Mitte-Links-Regierungen in der EU waren indessen in der Wahlrallye 2001 - 2003 von einer konservativ-rechtspopulistischen Welle hinweggespült worden⁵. Die „alte“ Lissabon-Strategie war bereits ab 2001 nur noch Makulatur. Über einen „Plan B“ hatten allerdings weder Mitte-links noch rechte Regierungen nachgedacht – was tun wir, wenn die erhoffte „New Economy“ mit krisenfreiem dauerhaften Wirtschaftswachstum sich nicht materialisiert?

2001 – 2004: Die soziale Kostümierung wird abgestreift

Die Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten taten zwischen 2001 und 2004 erst einmal so, als ob die wirtschaftliche Stagnation und andere Probleme nicht existierten. In jedem Halbjahr dieser Periode verkündeten sie, dass ein neuer Aufschwung unmittelbar heraufziehe. Parallel zu diesen Durchhalteparolen wurde 2002 mit dem EU-Gipfel von Barcelona auf Betreiben des Trios Blair, Berlusconi und Aznar eine noch deutlichere Zuspitzung der Lissabon-Strategie auf wirtschaftsliberale „Strukturreformen“ eingeleitet. Vollbeschäftigung können wir nur gewinnen, so ihr Argument, wenn wir die Märkte noch energischer liberalisieren, die Arbeitsverhältnisse noch flexibler werden und die Löhne sehr viel stärker nach Produktivität und Qualifikation auseinander gehen können. Wenn gering qualifizierte Arbeit somit billiger wird, sei es auch wieder attraktiv für Unternehmer, sie nachzufragen.

Der Barcelona-Gipfel lieferte entsprechend klare Lissabon-Vorgaben. Größere Lohnspreizung wird angestrebt. Weiterhin sollen „die Kosten in Zusammenhang mit der Formulierung und Beendigung von Arbeitsverträgen“ überprüft werden. Damit ist eine Flexibilisierung des Arbeitsvertragsrechts und z.B. die Lockerung des Kündigungsschutzes gefordert. Anspruchsberechtigung, Leistungsdauer, Lohnersatzquote und Lohnergänzungsleistungen bei der Arbeitslosenunterstützung sollen überprüft und an verschärfte Auflagen gebunden werden. Frühverrentungen sollen gestoppt und die tatsächliche durchschnittliche Lebensarbeitszeit bis 2010 verlängert werden. Die eigent-

⁵ Die politischen und sozioökonomischen Ursachen für den Zusammenbruch der Mitte-Links-Hegemonie in der EU habe ich eingehender untersucht in meinem Beitrag für den Sammelband „Euro-Kapitalismus“ (Dräger 2003) Zur US-Entwicklung siehe Brenner (2003), Pollin (2003) und Henwood (2003)

liche Lissabon-Agenda wurde erkennbar – der sozialrhetorische Ballast der ersten Stunden wurde Zug um Zug abgeworfen.

Der EU-Gipfel von Sevilla beschloss im Juni 2002, einen Ministerrat "Wettbewerbsfähigkeit" einzurichten, der die Themenfelder Binnenmarkt, Industrie und Forschung abdeckt. Er spielt seither eine wichtige Rolle bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der Lissabon-Strategie. Hier sollen weitergehende Aktionen und Maßnahmen gebündelt werden: Vereinfachung der Vorschriften für Unternehmen, neue EU-Gesetzgebungsvorhaben nur nach eingehender „Folgenabschätzung“ in Bezug auf ihre Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit, verstärkte Forschungsanstrengungen, industriepolitische Initiativen zur Stärkung der Weltmarktposition europäischer Branchenmultis (Autoindustrie, Chemie usw.), Schaffung eines integrierten liberalisierten EU-Finanzmarktes, eines Binnenmarkts für Dienstleistungen und vieles mehr. Die Mantras lauten „mehr Wettbewerbsfähigkeit“ und „bessere Rahmenbedingungen für unternehmerische Initiative“. Die EU-Gipfel von Brüssel und Thessaloniki brachten in 2003 sogar gemeinsame Anstrengungen von EU („Verteidigungsagentur“, Förderung von Forschung und Entwicklung) und Mitgliedstaaten zur Schaffung einer wettbewerbsfähigen und exportstarken EU-Rüstungsindustrie in den Lissabon-Prozess ein – wenn das nicht zur Vollbeschäftigung führt, was dann?

Auf Vorschlag von Italiens Regierungschef Silvio Berlusconi beschloss die EU 2002 außerdem noch eine „Europäische Wachstumsinitiative“. Um der wirtschaftlichen Stagnation entgegenzuwirken, sollten europäische Infrastrukturprojekte (Energie, Verkehr, Kommunikation) als ein Programm-Mix aus öffentlichen Arbeiten und privater Initiative gebündelt und forciert gefördert werden. Hinzu kommt die Bereitstellung von Risikokapital für High-Tech orientierte Forschung und Innovation und kleine und mittlere Unternehmen. Die Umsetzung verlief bisher recht schleppend.

Schon 2003 wurde ein Prozess gestartet, um die zeitliche und thematische Steuerung des Lissabon-Prozesses zu straffen und zu bündeln. Die *wirtschaftspolitischen Leitlinien*, die *Binnenmarktsstrategie* und die *beschäftigungspolitischen Leitlinien* werden seit 2004 im gleichen Rhythmus erstellt und als „Leitlinienpaket“ für einen Zeithorizont von drei Jahren konzipiert. Auf jährlicher Basis werden nur noch geringfügigere Anpassungen der Leitlinien vorgenommen.⁶ Ab 2006 sollte nach einem Vorschlag der Kommission noch eine zusammenfassende *Strategie im Bereich des Sozialschutzes* hinzukommen. Diese würde dann die drei bisher nebeneinander betriebenen europäischen Koordinationsprozesse zur *sozialen Eingliederung*, *Rentenreformen* sowie *Gesundheitsversorgung und Altenpflege* zusammenfassen.

⁶ Allerdings hatten die zahlreichen Fans der Lissabon-Strategie im Verfassungskonvent und auf der Regierungskonferenz schlicht vergessen, diese bereits vereinbarte Straffung der Koordinationsprozesse auch im Teil III des neuen Verfassungsvertrags zu verankern. Im Verfassungsvertrag stehen immer noch die alten Formulierungen, welche einen jährlichen Rhythmus für die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Leitlinien und ihre getrennte Befassung nach unterschiedlichen Verfahren (Wirtschaftspolitik: Vorschlag durch den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister auf Empfehlung der Kommission, das Europäische Parlament muss nur „informiert“ werden; Beschäftigungspolitik: Vorschlag durch die Kommission, Annahme im Rat in Kenntnis der Stellungnahme des Europäischen Parlaments, d.h. Konsultationsverfahren). Jetzt müssen sie auch nach dem Neustart der Lissabon-Strategie so tun, „als ob“ die vertraglich vorgesehenen Verfahren durchgeführt würden, was diese „Straffung“ bestimmt nicht weniger „komplex“ gestaltet.

Anstrengungen zur „Vereinfachung“ der Steuerung des Lissabon-Prozesses gab es also durchaus schon vor dem Brüsseler EU-Gipfel 2005 – und eine noch deutlichere Zuspitzung auf „Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit“ ebenfalls.

Fabeln und Legenden zur „alten“ Lissabon-Strategie

Oft wird behauptet, die alte Lissabon-Strategie sei um eine ausgewogene Balance zwischen Wirtschaft, Sozialem, Beschäftigung und Umwelt bemüht gewesen. Dies trifft wohl auf die anfängliche Rhetorik und die Überschriften zu (gleichschenkliges Dreieck), aber weniger auf die konkreten Inhalte und Projekte.

Beim Schlüsselwort „Vollbeschäftigung“ etwa denken viele an die gloriosen 1960er und frühen 1970er Jahre. In der Diktion der Lissabon-Strategie stand „Vollbeschäftigung“ jedoch von Anfang an als Synonym für das Erreichen einer Beschäftigungsquote von 70 Prozent im EU-Durchschnitt. Sie war also rein quantitativ definiert – jeder Minijob, jede prekäre Beschäftigung etc. zählt. Qualitative Aspekte blieben außen vor – ein Vollbeschäftigungsbegriff ohne sozialen Gehalt. Länder wie Dänemark und Schweden hatten längst Beschäftigungsquoten von mehr als 70 Prozent erreicht – aber offiziell 4 – 6 Prozent Arbeitslose. Nach der Lissabon-Definition war das „Vollbeschäftigung“.

Die EU-Leitlinien zur Beschäftigungspolitik enthielten durchaus stets eine Reihe unverbindlicher Empfehlungen z.B. zur Gleichstellung von Frauen und Männern, zur Qualität der Erwerbsarbeit usw., die für sich genommen positiv waren und sind. Strategisch ging es aber von Anfang an um Arbeitsmarktflexibilität (Beschäftigungsfähigkeit, Unternehmergeist, Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer). Das folgende Beispiel macht dies deutlich.

Schweden hat neben einer Gesamtbeschäftigungsquote von 73 Prozent auch die höchste Frauenbeschäftigungsquote in der EU. Es steht gut da bei Weiterbildung und lebenslangem Lernen. Schweden ist deshalb beschäftigungspolitisch relativ erfolgreich, weil aktive Arbeitsmarktpolitik durch im europäischen Vergleich immer noch hohe Steuern und Abgaben finanziert werden kann. Angesichts der entsprechenden Lissabon-Ziele müssten Kommission und Rat Schweden eigentlich zu diesen Ergebnissen beglückwünschen. Die Empfehlungen des Rates zur Beschäftigungspolitik von 2001 an Schweden lauteten aber anders: „Die Steuerlast ist zu hoch, und die Anreize bei Steuern und Sozialleistungen zur Förderung der Arbeitsaufnahme sollten verbessert werden (vgl. Raveaud 2003).“ Nicht bessere Ergebnisse zählen, sondern die Befolgung des „Geistes von Lissabon“: Steuern müssen gesenkt, eine „strafende Arbeitsmarktpolitik“ durchgesetzt und die Arbeitsmärkte flexibilisiert werden.

Auch die sozialpolitischen Koordinierungsprozesse waren von Anfang an auf ihren Beitrag zu höherer Wettbewerbsfähigkeit gepolt. Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (soziale Eingliederung) wurde vorrangig unter dem Blickwinkel gesehen, dass flexibilisierte Arbeitsmärkte und mehr Angebote von Minijobs und Niedriglohnbeschäftigung den besten Schutz gegen soziale Ausgrenzung böten. Und die europäische Zusammenarbeit im Bereich der Rentenreformen und Gesundheitssysteme ist stark von dem Motiv geprägt, die Kosten der Systeme zu dämpfen und die „private Eigenvorsorge“ zu stärken.

Die EU-Nachhaltigkeitsstrategie enthält durchaus positive Elemente (Förderung erneuerbarer Energien, ökoeffizienter Technologien, Schutz der Meeresumwelt, Klimaschutzziele usw.). Fördermittel und rechtliche Instrumente sind dennoch vergleichs-

weise bescheiden, und werden – wie im Fall des EU-Emissionshandelssystems – stets bis zur Unwirksamkeit aufgeweicht. Marktkonforme Instrumente werden stets klaren Geboten und Verboten vorgezogen. Insofern ist die Nachhaltigkeitsstrategie immer noch eher eine Spielwiese, auf der viel Dialog mit Umweltverbänden stattfindet, viele Papiere zu allen möglichen Themen produziert werden, aber real wenig Fortschritt stattfindet.⁷

In der „alten“ Lissabon-Strategie hatten zudem die wirtschaftspolitischen Leitlinien die absolute Führungsrolle inne. Deren Vorgaben muss laut EG-Vertrag die Beschäftigungs-, Umwelt und Sozialpolitik folgen. Sie können als „harter Kern“ der Strategie angesehen werden. Somit standen die Vertiefung und Erweiterung „wirtschaftlicher Strukturreformen“ (Liberalisierungspolitiken) und eine restriktive makroökonomische Politik immer im Mittelpunkt. Eine ausgewogene Balance zwischen den innerhalb des Lissabon-Prozesses koordinierten Politikfeldern gab es von Anfang an nicht. Kohärenz wurde im doppelten Sinne hergestellt: durch die Leitfunktion der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und durch die inhaltliche Ausrichtung von Beschäftigungspolitik, Sozialpolitik und „Nachhaltigkeitsstrategie“ auf das Leitziel „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“.

Dies wird auch durch die im EG-Vertrag enthaltene Kompetenzabstufung unterstrichen. Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik sind Felder, auf denen die EU und Mitgliedstaaten ihre nationalstaatlichen Politiken anhand von Zielvorgaben bloß koordinieren und untereinander abstimmen. Wirksame Sanktionen oder ähnliches musste – außer beim Stabilitätspakt – kein Mitgliedstaat befürchten, der diesen Vorgaben nicht folgte. Die EU-Ebene konnte und kann die Mitgliedstaaten bei Vollzugsdefiziten nur ermahnen und öffentlich an den Pranger stellen. Bei den Liberalisierungsprojekten hat sie aber aufgrund ihrer Gesetzgebungskompetenz zum Binnenmarkt das Ruder in der Hand, und davon wurde ausgiebig Gebrauch gemacht. Die vorhandenen Kompetenzen im Umweltbereich und bei sozialpolitischen Mindestvorschriften kamen hingegen nur spärlich zum Einsatz.

Der Brüsseler Frühjahrsgipfel 2005: Ein „Neubeginn“?

Die Kernbotschaft des Brüsseler EU-Gipfels von 2005 lautet wie erwartet, dass die eigentliche Lissabon-Strategie nunmehr auf die Prioritäten „Wachstum und Arbeitsplätze“ konzentriert wird. Drei Aktionsfelder werden hierfür benannt:

1. *Wissen und Innovation für nachhaltiges Wachstum*: Um die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft zu steigern, wird am Ziel festgehalten, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3 Prozent des EU-BIP anzuheben. Das 7. Forschungsrahmenprogramm, ein neues Gemeinschaftsprogramm „Wettbewerbsfähigkeit und Innovation“, ein neues „Europäisches Technologieinstitut“ sowie der Ausbau der e-Europe Initiativen (Internet, „Informationsgesellschaft“) sollen dazu

⁷ Der Kok-Bericht verweist auf künftige große Exportchancen der EU bei verbrauchs- und abgasarmen Autos, vor allem auf einen wachsenden chinesischen Markt. Damit leiste die EU auch einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in Asien. Aber auch wenn alle Chinesinnen und Chinesen in 10 Jahren abgasarme 3-Liter-Autos made in Europe fahren, treibt dies das Verkehrswachstum dramatisch an und bringt China mitnichten auf einen Pfad der nachhaltigen Entwicklung. Kok wirbt mit Bill Clintons alter ‚Win-Win‘-Philosophie: Gut für die Umwelt und gut für die Wettbewerbsfähigkeit. Was unter Clintons Präsidentschaft in den USA dabei herauskam, war eher ernüchternd für die Umweltfreunde. (vgl. Cockburn 1993)

beitragen, die „technologische Lücke“ zu den USA insbesondere bei Hoch- und Grenztechnologien (Informations- und Kommunikationstechnologie, Gen- und Nanotechnologie) zu schließen. Die „Wettbewerbsfähigkeit Europas“ soll aber auch durch die Förderung von Öko-Innovation und ökoeffizienter Technologien gestärkt werden. Die Mitgliedstaaten sollen durch Steueranreize und vieles mehr privatwirtschaftliche Investitionen in Forschung und Entwicklung ermuntern und gezielt exzellente Forscher aus dem EU-Ausland an- oder zurückwerben.

2. *Die EU zu einem attraktiven Standort für Investitionen und Arbeitsplätze machen:* Hierbei geht um die Vollendung und Vertiefung des Binnenmarktes (weitere Liberalisierungsmaßnahmen in bereits liberalisierten Sektoren wie Energie, Post, Bahn, Telekommunikation usw; Schaffung eines Binnenmarkts für Dienstleistungen), die Schaffung eines unternehmerfreundlichen Regulierungsrahmens („bessere Rechtsetzung“, Vereinfachung von Vorschriften, Gesetzesfolgenabschätzung im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit usw.), die Fortführung der „Wachstumsinitiative“ (Infrastrukturen) und der Reform des Beihilfenrechts sowie die Unterstützung von Liberalisierungsinitiativen auf globaler Ebene (WTO/GATS, regionale und bilaterale Freihandelsabkommen).
3. *Wachstum und Beschäftigung für sozialen Zusammenhalt:* Hier geht es wie gehabt um die Fortführung der „Sozialstaatsreformen“ (aktivierende Arbeitsmarktpolitik, Renten, Gesundheit, Pflege), die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und die Förderung der beruflichen und geografischen Mobilität der Arbeitskräfte, die Verlängerung der durchschnittlichen Lebensarbeitszeit, mehr Investitionen in „Human-kapital“ usw.. Der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung wird nur noch mit einem einzigen Satz erwähnt und soll insbesondere die Kinderarmut in den Blick nehmen. Auf dem EU-Gipfel von Lissabon lautete das Ziel noch, bis 2010 erhebliche Fortschritte zur Überwindung (eradication) von Armut und sozialer Ausgrenzung zu erzielen.

Thematisch und inhaltlich gibt es also nichts wesentlich Neues unter der Sonne von „Lissabon“. Bereits lange beschlossene oder in jüngerer Zeit eingeleitete Ziele und Projekte wurden unter auch nicht so neuen Überschriften umgruppiert.

Auch die Reform der Steuerung des Lissabon-Prozesses liegt auf einer Linie mit der seit 2003 eingeleiteten „Straffung“ der Koordinationsprozesse und –zyklen. Die Kommission erstellt ab 2005 jährlich einen „Strategiebericht“ (früher: Synthesebericht), der die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Pfeiler der Lissabon-Strategie abdeckt. Der Rat beschließt „integrierte Leitlinien“ zu Wachstum und Beschäftigung für einen Zeitraum von 3 Jahren (2008), die aus den wirtschafts- und beschäftigungspolitischen zusammengesetzt werden. Die wirtschaftspolitischen Leitlinien haben dabei nach wie vor die Führungsrolle und decken Ziele und Aussagen zu makro- wie mikro-ökonomischen Themen ab. Über die üblichen Themen der makroökonomischen Politik, der „wirtschaftlichen Strukturreformen“ und des Binnenmarktprogramms hinaus enthalten sie auch Empfehlungen zu ökologischer Nachhaltigkeit und Arbeitsmarktreformen. Dies war in den letzten Jahren allerdings auch schon so.

Neu ist einzig, dass die Mitgliedstaaten nun „nationale Reformprogramme“ über die ganze Breite der Lissabonthemen (wirtschaftlich, sozial, ökologisch) entwickeln und nur einen einzigen jährlichen Umsetzungsbericht dazu abliefern sollen. Die Kommission soll hingegen ein „Gemeinschaftsprogramm zur Lissabon-Strategie“ auflegen, welches alle EU-Aktionen für „Wachstum und Beschäftigung“ abdecken soll. Den Mitgliedstaaten

wird also erspart, die vorher üblichen Einzelberichte (nationale Aktionspläne zur Beschäftigungspolitik, zur sozialen Eingliederung usw.) erstellen zu müssen. In die Beratung der jeweiligen „nationalen Reformprogramme“ sollen alle relevanten Akteure (Sozialpartner, Parlamente, Zivilgesellschaft) auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene einbezogen werden („neue Partnerschaft“). Wie bisher bleiben die EU-Sozialpartner (Unternehmerverbände und Europäischer Gewerkschaftsbund) aufgefordert, auf einem eigenen „Sozialpartnergipfel“ vor der Frühjahrstagung des Rates eine Stellungnahme abzugeben, wie sie die Lissabon-Strategie („Wachstum und Beschäftigung“) durch eigene Programme und Aktivitäten unterstützen wollen.

Sicherlich, ein einziger nationaler Umsetzungsbericht ist für die Mitgliedstaaten bestimmt einfacher zu handhaben als die bisherige Vielzahl thematischer Berichte und Aktionspläne. Dennoch bleibt die *Lisbon Governance* hoch komplex und wenig kohärent. Die „EU-Nachhaltigkeitsstrategie“ wird als eigenständiger Prozess weitergeführt, und in 2006 steht dazu ebenfalls eine Halbzeitbilanz an. Wie es aussieht, werden auch die sozialpolitischen Prozesse der offenen Koordinierung (soziale Eingliederung, Renten, Gesundheit und Pflege) unter einem Dach zusammengeführt. Nachhaltigkeit und Sozialpolitik sind durch die Prioritätensetzung auf „Wachstum und Beschäftigung“ in den Hintergrund gedrängt worden. Dennoch sollen sie weiter berücksichtigt werden. Während das Lissabon-Gemeinschaftsprogramm sich nun nur auf „Wachstum und Beschäftigung“ konzentriert, sollen der „Strategiebericht“ der Kommission und die „nationalen Reformprogramme“ weiterhin die ganze bisherige Breite abdecken. Zielkonflikte und Widersprüche in der *Lisbon Governance* sind mit dieser Hierarchie der thematischen Arbeitsteilung weiterhin vorprogrammiert.

Der Brüsseler EU-Gipfel 2005 beschloss nämlich auch neue umweltpolitische Ziele. Die Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten soll dazu beitragen, dass die globale Klimaerwärmung unter 2 Grad Celsius im Vergleich zu vorindustriellen Zeiten bleibt. Zu den Verhandlungen über neue Klimaschutzziele ab 2012 im Rahmen des Kyoto-Protokolls strebt sie an, für die industrialisierten Länder eine Verminderung der Treibhausgasemissionen um 15 – 30 Prozent bis 2020 festzuschreiben. Das ist zwar nicht sehr ehrgeizig. Aber im Gegensatz zur Kommission, die keine konkrete Zahl für die neue Kyoto-Runde vorschlagen wollte, lieferte der Rat immerhin einen Anhaltspunkt.

Ebenfalls von Bedeutung für die künftige Lissabon-Strategie ist die beschlossene Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Dieser erlebte schon im Jahr 2003 den Anfang von seinem Ende, als große Mitgliedstaaten wie Deutschland und Frankreich trotz dauerhafter „übermäßiger Haushaltsdefizite“ nicht mehr abgemahnt wurden. Gegen die mächtigen Mitgliedstaaten konnte die Kommission die Anwendung der rigiden Regeln des Paktes nicht durchsetzen. Damit war er im Prinzip schon erledigt.

Die jüngste Reform hat den Pakt zwar nicht grundlegend verändert. Den Mitgliedstaaten wurde aber mit einer Reihe von Ausnahmeregeln, längeren Fristen für den Defizitabbau, der Möglichkeit zu länderspezifischen „mittelfristigen Budgetzielen“, einer Neufassung der Referenzwerte für einen „Konjunkturabschwung“ und „sonstiger zu berücksichtigender Faktoren“ usw. genügend Luft und Interpretationsspielraum geschaffen, dass künftig kaum jemand die berüchtigten „blauen Briefe“ aus Brüssel fürchten muss.

Dies ist durchaus zu begrüßen, denn damit ist der Zwang zu restriktiver Fiskalpolitik deutlich gelockert. Eine expansive Fiskalpolitik, die sowohl den EU-Haushalt als auch die Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten koordiniert und auf vermehrte Zukunftsinvestitionen

ausrichtet, ist aber auch weiterhin nicht in Sicht⁸. Die Regierungschefs haben kein alternatives Paradigma für die europäische Koordinierung der Fiskalpolitik geschaffen. Diese wird nun eher re-nationalisiert.

Passend zur Lissabon-Agenda dürfen die Mitgliedstaaten außerdem künftig die „langfristigen kostensenkenden Effekte“ sogenannter „Strukturreformen“ mindernd bei der Berechnung ihrer Defizitquote in Anschlag bringen. Gemeint sind z.B. „systemische Rentenreformen“, welche kapitalgedeckte Säulen der Altersvorsorge einführen und die private Eigenvorsorge stärken. Damit schafft der reformierte Stabilitätspakt perverse Anreize für die Mitgliedstaaten, explizit durch verstärkten Sozialabbau ihre Defizitquote rechnerisch zu drücken.

Fazit: „Wettbewerbsfähigkeit“ über alles?

Die Unterschiede zwischen der „alten“ und der „neuen“ Lissabon-Strategie sind in der Substanz geringer, als die Neubeginn-Rhetorik von Kommission und Rat vermuten lässt. Im Zentrum steht nach wie vor ein Kostensenkungsprogramm zugunsten der Unternehmer, um angeblich „Wettbewerbsfähigkeit“ zu gewinnen. Die Metapher der internationalen „Wettbewerbsfähigkeit“ bemüht das Bild vom „globalen Wirtschaftskrieg“, in dem nur die Besten und Härtesten überleben. Es geht stets darum, den eigenen Vorteil oder das eigene wirtschaftliche Überleben dadurch zu sichern, indem man andere (die USA, Japan, jetzt auch Schwellenländer wie China und Indien) möglichst niederkonkurriert. Damit dies erreicht werden kann, soll die auf Erwerbs- oder Sozialeinkommen angewiesene Bevölkerung zahllose Opfer bringen (Abbau von Schutzstandards und des Sozialstaats, längere Arbeitszeiten, geringere Entgelte usw.).

Der US-amerikanische Ökonom Paul Krugman bezeichnet diese Wirtschaftsphilosophie zu Recht als substanzlos und als „gefährliche Obsession“ (Krugman 1996). Ähnliche Strategien vor und nach dem Ersten Weltkrieg haben stets zu einer großen Umverteilung zugunsten der Gewinne und Vermögen geführt, nicht aber zu der erwarteten Rückgewinnung wirtschaftlicher Dynamik und zu „Wohlstand für alle“. Die Erfahrungen mit neoliberaler Wirtschaftspolitik seit den 1980er deuten in die gleiche Richtung. Was die Euromemo-Gruppe hat dies seit nunmehr 10 Jahren nicht nur mit empirischen Daten akribisch dokumentiert.

Selbst wenn man die gängigen Vorstellungen über eine „wettbewerbsfähige“ Volkswirtschaft zugrunde legt, lässt sich in vielen Punkten nicht nachweisen, dass die EU gegenüber dem großen Bruder USA so völlig im Hintertreffen liegt. Bei der Arbeitsproduktivität pro Stunde steht die EU-25 etwa gleichauf mit den USA. In Luxemburg, Belgien, Frankreich und Deutschland liegt sie sogar höher als in den USA (und deutlich höher als in Japan).⁹

Richtig ist, dass die EU-15 (1,5%) im Vergleich zu den USA (1,7%) zwischen 1991 und 2003 ein etwas geringeres Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf verzeichnete – wahrlich kein sehr gravierender Abstand. Durch die EU-Erweiterung im Mai

⁸ Im Gegenteil – die sechs Nettozahler-Mitgliedstaaten der EU beharren weiterhin darauf, dass der EU-Haushalt künftig auf ein Prozent des EU-BIP begrenzt wird. Dies bedeutet eine Kürzung im Vergleich zum bisherigen Haushalt der EU-15, und dies trotz gestiegener Aufgaben durch die 2004 erfolgte Erweiterung um 10 neue Mitgliedstaaten, welche fast allesamt ärmer sind als die bisherigen.

⁹ Diese und weitere Zahlen zitiert nach Breuss (2005).

2004 ist die EU-25 gegenüber der alten EU-15 um rund 8 Prozentpunkte „ärmer“ geworden (EU-15 = 100; EU-25 = 92; BIP pro Kopf zu Kaufkraftstandards). Das ergibt sich statistisch aus der Tatsache, dass die 10 neuen Mitgliedstaaten als Gruppe nur 51 Prozent des BIP pro Kopf der Alt-EU erreichen. Was soll man daraus folgern? Doch eher, dass die EU die neuen Mitgliedstaaten darin unterstützen muss, einen höheren Lebensstandard zu erreichen. Wenn man ihnen dazu notwendige Fördermittel verweigert, wird dies kaum gelingen.

Von den weltweiten Zuflüssen ausländischer Direktinvestitionen (insgesamt rund 560 Mrd. \$) saugte die erweiterte EU-25 in 2003 rund 308 Mrd. \$ (EU-15: 295 Mrd. \$) an, zehnmal so viel wie die USA (30 Mrd. \$). Auch als Exporteur von ausländischen Direktinvestitionen lag die EU klar vor den USA (EU-25: 340 Mrd. \$; USA: 152 Mrd. \$). In die Entwicklungsländer (darunter auch China, Indien und industrielle Schwellenländer wie Brasilien) flossen insgesamt nur 172 Mrd. \$ ausländischer Direktinvestitionen. Dies zeigt, dass der größte Teil der Aktivitäten multinationaler Firmen innerhalb der reichen Industriestaaten abgewickelt wird. Die Nord-Süd-Aktivitäten sind im Vergleich dazu immer noch gering, und die erregten „Standortdebatten“ sind vor diesem Hintergrund wie so maßlos wie in der Vergangenheit.

Die EU ist zudem global exportstärker als die USA (ausgeglichene oder positive Handels- und Leistungsbilanz der EU, Rekorddefizite der USA) und ihre Haushaltsdefizitquote ist geringer. Die EU-Exporte machen bereits 19 Prozent an den gesamten Weltexporten aus, jene der USA nur 14 Prozent und jene Japans 8,4 Prozent. Spricht das für eine mangelnde „internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas“?

2004	USA	Japan	China	Indien	Eurozone (EU-12)
Leistungsbilanz in Mrd. \$	- 603,2	+ 171,8	+ 45,9 (2003)	+ 3,5	+ 52,1
Handelsbilanz in Mrd. \$	- 666,2	+ 132,3	+ 38,4	- 23,6	+ 92,5
Haushaltsbilanz als% des BIP	- 4,4	- 6,5	k. A.	k. A.	- 2,9

Quelle: The Economist, 26.2.2004

Paradox ist auch, dass die großen Unternehmen in der EU zwar über mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit jammern. Ihre Gewinne haben aber fast wieder den höchsten bisher erreichten Stand der letzten 25 Jahre erklommen. In 2004 wuchsen die operationellen Profite der im Standard & Poors Europa 350 Index erfassten Großunternehmen um satte 78 Prozent, während der Anteil der Löhne am Volkseinkommen wie in den letzten 20 Jahren weiter abnahm. Jenseits des Atlantiks sind die Verhältnisse ähnlich: die Profite US-amerikanischer Unternehmen stiegen in den letzten drei Jahren um 60 Prozent, die Lohnenkommen nur um 10 Prozent (Economist, 26.2.2004). Wie stark sollen Gewinne und Vermögen dann eigentlich noch steigen, damit die EU-Unternehmen als ausreichend „wettbewerbsfähig“ gelten können?

Die Gründe für den Wachstumsabstand der EU zu den USA sind hingegen hausgemacht. In beiden Großregionen stehen ihre gesamten Exporte jeweils nur für rund 10 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts. Für beide ist entscheidender, was sich in der

jeweiligen „Binnenwirtschaft“ abspielt, als was außerhalb dessen stattfindet. Die EU-Binnenwirtschaft stagniert wegen der nach wie vor falschen makroökonomischen Politik auf EU-Ebene und in vielen Mitgliedstaaten. Die Kaufkraft der großen Mehrheit der Bevölkerung geht aufgrund staatlicher Haushaltskürzungen, mäßiger Lohnsteigerungen und dem wachsenden Zwang zu Zuzahlungen und privater Eigenvorsorge in den Renten- und Gesundheitssystemen zurück. Wenn sowohl der Staat als auch die privaten Haushalte sich gleichermaßen mit Ausgaben zurückhalten, wie sollen dann die Unternehmen ihren Absatz ausweiten und wieder mehr investieren können? Einbrüche bei den Steuereinnahmen und Mehrausgaben wegen wieder steigender Erwerbslosigkeit führten im Gegenteil dazu, dass die Haushaltsdefizite wieder wuchsen (Schuldenparadox).

Mit diesen Beispielen soll keineswegs suggeriert werden: die EU kann sich beruhigt zurücklehnen, eigentlich steht man ja gar nicht mal so schlecht da. Sie zeigen vielmehr: der Focus der Lissabon-Strategie – alt wie neu – ist verfehlt. Sie beruht auf einer falschen Diagnose der Probleme, einem falschen zentralen Leitbild „Wettbewerbsfähigkeit“ und verfolgt eine falsche Therapie. Der zweite Anlauf der Lissabon-Strategie wird – nach den bisherigen Erfahrungen – eher schlimmer enden als der erste.¹⁰

Literatur

- Brenner, Robert (2003): Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft, Hamburg
- Breuss, Fritz (2005): Die Zukunft der Lissabon-Strategie, WIFO Working Papers No. 244, Februar, Wien
- Brie, André (2004): Europäische Sozialpolitik. Der Abriss des Sozialstaats, <http://www.pds-europa.de/dokumente/studien/index.htm>
- Cockburn, Alexander (1993): ‚Win-Win‘ with Bruce Babbit. The Clinton Administration meets the Environment; in: New Left Review 1/201, September/October, pp. 46 - 59
- Dräger, Klaus (2003): Eine Heilige Allianz der Modernisierer? Die EU nach dem Scheitern des Mitte-Links-Projekts; in: Beckmann/Bieling/Deppe (Hg.): Euro-Kapitalismus und globale politische Ökonomie, Hamburg
- Dräger, Klaus u. Karrass, Anne (2004): Ein anderes Europa in einer anderen Welt?; in: Karrass, Anne/Schmidt, Ingo (Hg.): Europa - lieber sozial als neoliberal, Attac Basistexte 11, Hamburg
- Europäische Kommission (2005): Mitteilung für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates. Zusammenarbeit für Wachstum und Arbeitsplätze. Ein Neubeginn für die Strategie von Lissabon. COM (2005) 24 vom 2.2.2005,
- Europäischer Rat (2004): Extracts from the Presidency Conclusions on the Lisbon Strategy by theme, European Councils Lisbon (March 2000) to Brussels (June 2004); June 2004, http://www.europa.eu.int/growthandjobs/key/index_en.htm
- Europäischer Rat (2005): Schlussfolgerungen des Vorsitizes, Europäischer Rat (Lissabon) 23 und 24. März 2000, http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00100-r1.d0.htm
- ECOFIN Council (2005): Improving the implementation of the Stability and Growth Pact, Report to the European Council; Brussels, 21 March 2005
- Etzezarreta/Grahl/ Huffschmid/Mazier u.a.(2003): EuroMemo 2003, Hamburg

¹⁰ Auf eine Begründung dieser Prognose verzichte ich an dieser Stelle und verweise auf die Analysen in Euromemo 2003 und im vorliegenden Euromemo 2004. Als Alternative zur Lissabon-Strategie empfiehlt sich eine binnenwirtschaftsorientierte integrierte Europäische Nachhaltigkeitsstrategie. Siehe dazu Karass/Dräger (2004)

Henwood, Doug (2003): After the New Economy, New York

Kok-Bericht (2004): Die Herausforderung annehmen – die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung . Bericht der Hochrangigen Gruppe unter Vorsitz von Wim Kok zur Lissabon-Strategie, November 2004. http://europa.eu.int/growthandjobs/index_de.htm

Krugman, Paul (1996): Pop Internationalism, Cambridge Mass./London; auf Deutsch: „Der Mythos vom Globalen Wirtschaftskrieg – eine Abrechnung mit den Pop-Ökonomen“, Frankfurt a. Main, 1999

Pollin, Robert (2003): Contours of Descent. US economic fractures and the landscape of global austerity, London/New York

Raveaud, Gilles (2003): The European Employment Policy: From ends to means?, Manuskript, <http://www.epoc.uni-bremen.de/home.htm>

Zum Autor

Klaus Dräger ist Mitarbeiter der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke im Europäischen Parlament und im Beirat der EU-AG von Attac Deutschland